

Kasse 1197 Mark, die Gasanstaltskasse 10 059,85 Mark, die Schulkasse 13 709,96 Mark und die Wasserwerkstasse 27 194,51 Mark beizutragen haben. Die im Jahre 1882/1894 aufgenommenen 1. Altstädter Anleihe in Höhe von 100 000 Mark ist mit Ende 1914 getilgt. Der ursprüngliche Schuldbetrag sämtlicher 15 Anleihen betrug 1 955 900 Mark, während Ende 1912 noch 1 512 262,81 Mark zu tilgen waren. Für Schleusenbaukosten werden an die Baukasse 23 634,90 (32 434,90) Mark gezahlt. Hierzu bemerkt der Herr Bürgermeister, daß die noch restlichen 125 000 Mark bisher infolge der Geldknappheit noch nicht aufgenommen werden konnten. Der Betrag soll bei der nächsten Anleihe mit hereingenommen werden.

Herr Stadtrat Bohne:
Die Baukasse balanziert mit 107 338,10 Mark; der Zuschuß aus der Stadtkasse beträgt 31 691 (20 595,41) Mark. Der Aufwand für öffentliche Straßen und Plätze beläuft sich auf 11 500 (12 000) Mark. Eingestellt sind für den Bau der Flutschleuse von der Robiswiese an der Oststraße bis zum Eisenbahndurchlaß an der Schillerstraße 20 000 Mark, Regulierung der Vorflur der Schleuse in der Lungwitzer Straße 3634,90 Mark, Schleusenlegungen 5398 Mark, Granittrötkerfertigung an der hinteren Karstraße 11 983,20 Mark, Kiesfußweg vor dem Liebertschischen Grundstück am Bahnhof 2096 Mark, Schlafenfußweg mit Steinante am Seidelbergweg 350 Mark und Kies- und Schlafenfußweg am Weinsdorfer Weg 355 Mark. Für Straßenpflasterungen zc. werden verlangt 38 219 (29 900) Mark, und zwar für die Pflasterung der Antonstraße 15 855 Mark, Ausbesserung der Talstraße 3500 Mark, Beschotterung der hinteren Dresdner Straße 2375 Mark, Regulierung der Karstraße 15 919 Mark, Fußwegherstellung an der Schönburgstraße 120 Mark und Herstellung von 3 gepflasterten Uebergängen 450 Mark. Verschiedene dieser Positionen werden vorbehaltlich einer besonderen Vorlage genehmigt; es soll, wie der Herr Bürgermeister erklärt, versucht werden für einzelne Bauten bezw. Herstellungen Anleihenmittel zu erhalten; in diesem Falle sind dann noch weitere Verbesserungen in Aussicht genommen.

Herr Stadtv. Wächter bezeichnet es als völlig ausgeschlossen, daß für 120 Mark ein Fußweg in der Schönburgstraße angelegt werden könne. Der Verkehr in dieser Straße, die Redner als die verkehrsreichste fast der ganzen Stadt bezeichnet, verlange unbedingt eine bessere Zustandsfestung. Da habe man neue Straßen angelegt, wo absolut kein Verkehr sei, alte Straßen jedoch liegen gelassen. Der Fußweg hätte schon längst kommen müssen. — Der Herr Bürgermeister hält dem entgegen, daß den Vorwurf betr. Herstellung des Fußwegs ein früheres Geschlecht treffe; das sei früher unterblieben. Leider seien keine Mittel vorhanden, um schon jetzt die Angelegenheit zu erledigen, allein die Herstellung eines Fußwegs an der Sübseite der Straße koste 3—4000 Mark, die gegenwärtig nur mit Hilfe von Anleihenmitteln auszuführen sei. Vorläufig will man deshalb nur eine Schüttung vornehmen, die z. B. im Spätjahr sehr gute Dienste geleistet hat. — Herr Stadtrat Kommerzienrat Reinhard ist enttäuscht, daß so wenig für die Schönburgstraße ausgemerkelt ist; Redner betont, nicht pro domo zu sprechen: der erheblich gesteigerte Verkehr beanspruche bessere Verkehrsbedingungen. In früheren Ratsitzungen sei dies auch rückhaltlos zugegeben worden, da der gegenwärtige Zustand nicht für die Dauer beizubehalten sei. Positionen hinsichtlich des Verges, die nicht so notwendig waren, habe man eingestellt, was er nicht als gerechte Verteilung bezeichnen könne. Wenn in diesem Jahre eine größere Berücksichtigung nicht mehr möglich sei, so müsse diese bestimmt für nächstes Jahr vorgelesen werden. — Der Herr Bürgermeister erklärt, daß die infolge schlechter Bodenverhältnisse für Instandsetzung notwendige Summe von 3—4000 Mark für nur eine Straßenseite zu groß sei, um aus laufenden Mitteln bestritten werden zu können. Hinsichtlich des Weinsdorfer Weges hätte schon infolge der Baugenehmigungen etwas geschehen müssen. — Herr Stadtv. Wächter betont, daß der Staat beim Bau der Schönburgstraße 28 000 Mark dazugegeben habe; fast die Hälfte dieses Betrages sei infolgedessen für die obere Stadt verwendet worden. Man habe doch auf jeden Fall auch die Pflicht, zuerst die älteren Straßen auszubauen. Durch Forderungen, wie Korbahn und Freilichttheater, habe man in der südlichen Stadt schlechte Stimmungen geschaffen. — Herr Stadtv. Ebersbach hebt hervor, daß, wer früher dem Bauauschuss angehört habe, zugeben müsse, daß man gerade mit der Schönburgstraße sich sehr viel Mühe gegeben habe. Wiederholt sei herumexperimentiert worden, wenn man zwar auch nicht gefordert habe. Damals stand erst ein Haus dort und man habe sich trotzdem schon Mühe gegeben. Wenn von ungerechter Verteilung gesprochen werde, so müsse er dem entgegenhalten, daß im letzten Sommer sehr viel Häuser gebaut wurden, deren Anwohner sich nach Kräften behelfen müssen. Man dürfe auch die einzelnen Steinchen nicht mit der Apothekerswaage abwägen, nicht die freundliche Entwicklung der Nordseite der Stadt beengen und beeinflussen, müsse vielmehr Sinn für das Große haben. — Herr Bürgermeister Dr. Pabst tritt den Ausführungen des Herrn Wächter wirkungsvoll entgegen und erklärt den Standpunkt des Rates. Das schwierige Gelände der Schönburgstraße, deren Anlieger nur zu hohem Preise zu Abtretungen bereit seien, rechtfertigen den Stand-

punkt des Rates, der zurzeit keine Mittel mehr flüssig machen könne. Die 28 000 Mark seien unter Bürgermeister Dr. Pabst doch sicherlich auch geschicklich verwendet worden. — Nicht dagegen sei man, daß auf dem Verge etwas geschehe, betont Herr Stadtv. Wächter, doch müsse erst die Arbeit, dann's Vergnügen kommen. Der Verkehr dürfe unter keinen Umständen der Leidtragende sein. — Herr Stadtv. Stühner tritt warm für die Wiesenstraße ein, die zwar nur eine Nebenstraße sei, für die Mittel schon im vorigen Etat bereitgestellt waren, aber im letzten Augenblick wichtigerer Sachen wegen wieder zurückgezogen werden mußten. Der Zustand der Wiesenstraße ist ein derartig schlechter, wie er sonst in der ganzen Stadt nicht weiter anzutreffen ist; man fällt ordentlich von einem Loch ins andere. In Anbetracht der knappen Finanzlage beschränke er sich darauf, die Anregung wiederholt zu Protokoll zu geben, doch müsse erwartet werden, wenigstens im nächsten Jahre der Ausführung näher zu treten. — Herr Stadtrat Bohne gibt zu, daß die Straße sehr traurig aussehe. Vorerst müsse jedoch der Schleusenbau ausgeführt werden, der mit der Anlage der großen Flutschleuse gleichzeitig beabsichtigt sei. — Herr Stadtv. Ebersbach glaubt, daß dann noch längere Jahre vergehen, da hierzu eine Entzweiung nötig sei, die lange Zeit beanspruchen dürfte. Eine vorbereitende Fußwegherstellung halte er für angebracht. Er entsinne sich eines ähnlichen Falles, wo eine einflußreiche Persönlichkeit gelagt habe, auf der Lungwitzer Straße müsse man balanzieren. Damals sei dann gleich Abhilfe geschaffen worden, was Redner auch hier für angedacht hält. — Herr Stadtrat Bohne fügt aus, daß die Herstellung eines Trottoirs vielleicht erst in zwei Jahren erfolgen könne, erst müßten einmal die übrigen Arbeiten vorgenommen werden. — Der Herr Bürgermeister betont, daß aus technischen, finanziellen und anderen Gründen zurzeit an eine Ausführung nicht zu denken sei. Da außerdem noch ein guter Teil der Robiswiese in die Straße eintrage, müsse man beim Bau der Flutschleuse sehen, ein Ueberschneitungen mit dem Verkehr zu treiben. In der weiteren Debatte hierüber beteiligten sich noch die Herren Stadtrat Volz, Stadtv. Stühner, Griebach und Ebersbach, während Herr Stadtv. Wächter Wünsche bezüglich eines Ueberganges aus der Goldbachstraße vortrug. Hierzu sprechen verschiedene Herren. Vorgelesen sind Uebergänge von der Linde nach Uhlig (Schubert- und Lungwitzer Straße) und von Hempel zum Gewerbelaus (Mollstraße), während man sich einen dritten Uebergang noch freihält.

Herr Stadtrat Lange:
Die Feuerlöschkasse balanziert mit 3162,21 Mark und gebraucht keinen Zuschuß. Die Krankenkasse balanziert mit 15 113,64 Mark, der Zuschuß der Stadtkasse beträgt 6874,50 (6714,50) Mark. Die Verneigung des Röntgen-Apparates ist stärker geworden und die Einnahmen hierfür von 100 auf 200 Mark eingestellt worden. Die Zinsen des Reuau-Fonds, 3/2 Proz. von 1104,93 Mark, sind mit 38,64 Mark erstmalig eingestellt. Weitere 1000 Mark sind als Rücklagen für den Neubau vorgesehen, ebenso 200 Mark als 1. Rate für eine Wäschschleuder. Der Heizungs- und Beleuchtungsbedarf ist um 150 Mark, der Befestigungsaufwand von 5300 auf 5700 Mark, die Gehalte von 3700 auf 3820 Mark gestiegen. Für allgemeine bauliche Unterhaltung sind 150 (300) Mark eingestellt worden.

Herr Stadtrat Unger:
Die Wasserwerkstasse balanziert mit 49 978,72 Mark, der Zuschuß der Stadtkasse beträgt 13 213,13 (7628,93) Mark. Die Wassersteuer ist mit 30 000 (28 000) Mark eingestellt, die Wassermessermiete mit 500 (400) Mark; zu ersterer wird noch eine besondere Vorlage kommen, da der Rat unbedingt mit einer Erhöhung der Wassersteuer rechnen. Die Wasserwerkstasse hat bisher

529 331,30 Mark

in Anleihen aufgenommen, wovon Ende 1912 noch 452 930,13 Mark zu tilgen waren. Für Unterhaltungs- und Betriebskosten der Pumpwerke werden 4500 (3500) Mark, für Reparaturen, Hydranten zc. 1300 (1200) Mark, für Erweiterung des Rohrnetzes 1800 (900) Mark, für Auswechslung der Wiesenbrander Köhrentour 3200 Mark, für Unterhaltung der Waldgrundstücke 300 (490) Mark in Ansatz gebracht.

Herr Stadtrat Ebersbach fragt an, ob einer Firma, die bisher Wasser zum Pauschalbetrag bezogen habe, eine Kündigung dieses Verhältnisses mit etwa 48stündiger Frist des Inkrafttretens neuer Preise zugegangen sei. — Herr Stadtv. Stühner bringt bei Anschneiden dieses Gebietes eine gleiche Anfrage bezüglich eines anderen Betriebes vor. Redner hält die Frist für zu kurz. Am 30. Dezember v. J. sei einem Besitzer geschrieben worden, daß mit 1. Januar die Pauschale aufhöre und eine Bezahlung von 3 Pfg. pro Kubikmeter einzutreten habe. Eine etwas längere Frist hätte nicht geschadet. — Herr Bürgermeister Dr. Pabst hält es für richtig, daß die Stadt mit ihren Anlagen auch kaufmännisch verfahren müsse. Die bisherige Bezahlung von teilweise nicht mal 1 Pfg. pro Kubikmeter entspreche nicht dem Wert des Wassers. Der Zuschuß habe deshalb nach reichlicher Ermägung eine Erhöhung beschlossen. Welche Frist gesetzt worden sei, könne er im Moment nicht sagen. Die früheren Verträge seien widerrechtlich abgeschlossen worden; ein Rekurs über den Abnehmern natürlich nicht zu, doch hätten diese, sofern sie sich beschwert hätten, sich doch an den

Rat wenden sollen. — Nachdem Herr Stadtrat Unger eine hinreichende Erklärung bezüglich der Erhöhung gegeben hatte, erklärte Herr Stadtv. Stühner, keinesfalls generell diese gesprochen zu haben, nur die Frist erscheine ihm zu kurz. — In der weiteren Aussprache hierüber beteiligten sich noch die Herren Bürgermeister Dr. Pabst, Stadtv. Griebach, Stühner und Ebersbach. — Der Herr Bürgermeister erklärt sodann, daß zwar die Einnahme für die Wassersteuer mit 30 000 (28 000) Mark eingeleitet worden sei, doch habe sie für 1912 bisher erst 28 306,20 Mark erbracht, ausstehend seien ca. 2000 Mark. An 30 000 fehlen mithin 3000 Mark, die durch die Erhöhung der Wassersteuer von 18 auf 20 Pfg. eingebracht werden müßten; geschieht dies nicht, so muß ein Zuschlag um einige Prozent noch auf die allgemeinen Steuern erfolgen, da dann mit 150 Prozent nicht auszukommen sei. Ich selbst, für Redner fort, bin strikter Gegner einer weiteren Steuererhöhung und habe mich schon im Ausschuss dagegen erklärt, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß eine Stadt von unserer Größe und dem, was sie bietet, nicht mehr wie 150 Prozent erheben darf. Insofern sind auch die Ausführungen des Herrn Stadtv. Fichtner, die in einer früheren Sitzung über den Stand der Wasserwerkstasse und ihres Zuschusses gemacht wurden, nicht zutreffend. Wir können heute noch von der Erhöhung absehen, es wird aber demnächst eine besondere Vorlage hierfür vorgelegt. — Herr Stadtv. Ebersbach ist der Ansicht, daß diese Vorlage auch bestimmt angenommen werde. Ihm persönlich sei es vorgekommen, als ob das damalige Kollegium mit seiner Ablehnung nur einmal Bedürfnis zur Unterhaltung gehabt habe, bezw. seine Kräfte einmal habe zeigen wollen. Viele Hausbesitzer werden ganz gern die geringfügige Erhöhung tragen, die für kleine Häuser etwa 75 bis 80 Pfg. pro Jahr beträgt. Vielmehr werden doch die Industrielassen als Großabnehmer von dieser Maßnahme betroffen.

Herr Stadtrat Schneider bittet im Interesse der Stadt nicht vor der Erhöhung zurückzutreten; Redner empfiehlt sofortige Erhöhung. Herr Stadtv. Wächter hebt hervor, daß vielfach über die Motive, die die Stadtverordneten seinerzeit zur Ablehnung veranlaßten, völlig falsche Anschauungen herrschen. Man habe sich gesagt, wenn wir 13 000 Mark Zuschuß gebrauchen, durch eine Erhöhung aber nur 3000 Mark einbringen, als Selbsttrag immer noch 7000 Mark bleiben. Dann müsse man im nächsten Jahre wiederum erlösen, und diese zweifache Beunruhigung der Einwohnerschaft habe man vermeiden wollen. Nach der in Aussicht gestellten Klärung der ganzen Sachlage würde man dann Entschluß fassen und wenn nötig, die Steuer gleich richtig erhöhen. — Herr Stadtrat Unger berichtigt den Vorredner dahin, daß der verbleibende Restbetrag nicht mehr 10 000, sondern nur 7000 Mark betrage. Die 3200 Mark für die Wiesenbrander Wasserleitung seien nur eine vorübergehende Ausgabe. — Die Annahme, daß man es nur mit einem vorübergehenden Zuschuß zu tun habe, entkräftet der Herr Bürgermeister; auf lange Jahre hinaus habe man einen Zuschuß nötig, zumal der Verwaltungsaufwand mit 1000 Mark gegenüber 10 000 Mark, die die Sparkasse hierfür an die Stadtkasse zahlt — sehr niedrig sei.

Die Gasanstaltskasse balanziert mit 192 472,67 Mark, der Reingewinn beträgt 28 101,15 (26 710,07) Mark. Die Einnahme für verkaufte Gas beträgt 108 790 (103 510) Mark, für Automaten gas 11 666,67 (6666,67) Mark, für Koks 25 200 (22 500) Mark, für Teer 6534 (4160) Mark, für Ammoniakwasser 1000 (700) Mark, für Gasmessermiete 6100 (5800) Mark. Seitdem man mit der Reklame begonnen habe, sei der Umsatz stündlich gestiegen.

Herr Stadtrat Lahr:
Die Sparkasse balanziert mit 521 528,90 Mark, der Reingewinn vom Jahre 1911 beträgt 40 928,90 Mark, gegenüber 30 810,66 Mark im Jahre 1910. Die Hypothekenzinsen fliegen von 410 000 auf 435 000 Mark, die der Wertpapiere von 43 000 auf 44 000 Mark. In der Ausgabe stiegen die Einlegerzinsen von 352 000 auf 375 000 Mark; dem Reservefonds wurden 33 000 (32 000) und dem Spezialreservefonds 1500 (1500) Mark zugeführt. Der mutmaßliche Reingewinn des Jahres 1913, der im Jahre 1915 zur Verwendung gelangt, beträgt 47 050 Mark. Die Vermögensübersicht balanziert mit 11 060 669,09 Mark. Der Reservefonds enthält 560 492,43 Mark, der Spezialreservefonds 9502,95 Mark.

Herr Stadtrat Kommerzienrat Reinhard:
Die Armenkasse schließt mit 44 710 Mark ab und beträgt der Zuschuß der Stadtkasse 23 138,95 (18 442,35) Mark. Die üblichen Einnahmen sind sich fast gleich geblieben, während die Ausgaben stiegen. In der offenen Armenpflege betragen die laufenden Geldunterstützungen 8500 (8200) Mark, die Erziehungsbeträge 2200 Mark, die sonstigen Unterstützungen und Beihilfen 2430 Mark. In der geschlossenen Armenpflege betragen die Krankenausgaben 5000 Mark, die Verpflegungskosten an Erziehungs- und Heilanstalten 5000 Mark, die Verpflegungskosten an die Bezirksanstalten zu Lichtenstein 5700 (4800) Mark. In Erziehungs- bezw. Heilanstalten sind 20 bezw. 21 Personen untergebracht, in Lichtenstein 12 Personen einschließlich der früheren Armenläusler. Für Abfärben der Außenwände und Streichen der Fenster des Waisenhauses sind 950 Mark eingestellt worden. Der Befesti-

gungsaufwand für die Waisenhauseinrichtungen beträgt 4800 (4500) Mark, während für Firsorge-Erziehung 4300 (3800) Mark gefordert werden.

Herr Stadtrat Müller:
Die Schulkasse balanziert mit 173 499,81 Mark, der Zuschuß der Stadtkasse beträgt 107 476,64 Mark (98 080,57); die Schulgeldeinnahme der Bürgerschule erbringt 22 500 (22 000) Mark, von der Selektia 5500 und obligatorischen Fortbildungsschule 550 Mark. Die Staatsbeiträge betragen 30 800 Mark, wozu neben diversen Zinsen noch die Salz- und Stempelrente von der Schönburgischen Gesamtanzlei zu Glaucha in Höhe von 2249,50 Mark kommt. Die Hauptschule hat eine Einnahme von 580 Mark. Die 269 360,02 Mark für Anleihen sind bis auf 205 111,86 Mark getilgt. Für bauliche Unterhaltung zc. werden für die Altstadt 3360 und für die Neustadt 2190 Mark gefordert; außerdem sind für letztere noch 2300 Mark für Anschaffung eines neuen Kessels eingesetzt worden. Das bisher in dieser Schule noch einzige freie Lehrzimmer soll für 500 Mark ausgestattet werden, da es durch Gründung einer neuen Stelle benutzt werden muß. Das 1. Altstädter Schulgebäude soll neu abgefärbt werden, eine Maßnahme, die jedenfalls sehr angebracht ist. Für Befolgungen der Direktoren und Lehrer werden 129910,83 Mark verlannt; die Erhöhung ist ganz unweiblich. Als Gnabengehalt für die Hinterbliebenen des Lehrers Haberberger sind 300 Mark, als Entschädigung für den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht 2050 Mark, für den Schularzt 450 (300) Mark für Lehrerstunden und Beiträgen 1000 (700), für die Schulhausmänner 2250 (2150) und für die Hauptschule 2095,20 (1800) Mark eingestellt.

Die Handelsschule balanziert mit 6000 Mark, der Zuschuß der Stadtkasse beträgt 1843,21 (1754,86) Mark. Die Schulgeldeinnahmen betragen 2200 (2000) Mark, die Staatsbeiträge 1500 (1200) Mark. Die Befolgungen betragen 4390 Mark.

Die Gewerbeschulenkasse balanziert mit 3966,79 Mark, der Zuschuß der Stadtkasse beträgt 1881,79 (2977,64) Mark. Die Schulgeldeinnahme beträgt 520, die Staatsbeiträge 1500 Mark. Der Befolgungsaufwand erfordert 2521,79 Mark, die Lehrmittel 300 (75) Mark.

Die Weis- und Wirtschule schließt mit 5234,86 Mark ab und erfordert einen Zuschuß von 2681 (2977,64) Mark. Das Schulgeld erbringt 695 Mark, während der Beitrag der Weisberinnung 50 (115) Mark, die Staatsbeiträge 1500 (2700) Mark beträgt. Die Befolgungen erfordern 3026 Mark.

Herr Stadtrat Kommerzienrat Reinhard:
Das Bürgerheim „König Albert-Stift“ schließt mit 6015 Mark in Einnahme und Ausgabe ab. Die Zinseneinnahme aus dem Stammvermögen beträgt 2122,37 Mark, aus den Einkaufsgeldern 105 Mark; von Einnahmen kommen 790 Mark hinzu, während der Zuschuß der Stadtkasse 2217,63 (2212,73) Mark beträgt. Für bauliche Unterhaltung und Neuanschaffung eines Wäschstells werden 210 Mark verlangt. Der Aufwand für Befolgung beträgt 600, der für Befestigung 3300 und für Verordnungen 200 (100) Mark.

Die Dienstbotenkrankenkasse balanziert mit 1024 Mark; diese Kasse wird mit Ende dieses Jahres infolge gesetzlicher Bestimmung eingehen; die Mitglieder haben sodann in die hiesige allgemeine Ortskrankenkasse einzutreten.

Herr Bürgermeister Dr. Pabst:
Die Stadtkasse balanziert mit 401 054,85 Mark, der Zuschuß aus der Ausgleichsstasse einschließlich 40 928,90 Mark. Sparkassen-Reingewinn vom Jahre 1911 beträgt 116 000 (94 000) Mark. Die Einnahme enthält folgende Positionen: Ratskeller-Miete 1288,87 Mark, Stadtmüller-Miete 879,55 Mark, Miete des Schuldirektors 500 Mark, Pauschalgeber 3136,50 Mark, Kapitalzinsen von Stammvermögenskapitalien 1366,43 Mark, vom Strafvermögen 2399,30 Mark, vom Stadtbaufonds 1000,95 Mark, Abgabe für Einführung elektrischer Energie vom Elektrizitätswerk a. d. Lungwitz 4000 Mark, Städte zc. Geld von Jahr- und Wochenmärkten 2440 Mark. Die Einnahmegerühre von Staats- und anderen Abgaben erbringen 5854 Mark, darunter 4000 Mark von der Einkommensteuer; von diesem Betrage können sämtliche Steuerbeamten besoldet werden, was den Herrn Bürgermeister zu der Bemerkung veranlaßt, daß auch diese Einrichtung zu den merkenden Anlagen gehöre. Die Kosten und Gebühren erbringen 9000 Mark, die Holzmaterialien 150 (300) Mark, die Heingärten 300 (156) Mark. Die Strafgelder sind von 10 300 auf 850 Mark gefallen; die Ursache ist, wie der Herr Bürgermeister betont, wahrscheinlich in der Besserung der Einwohnerschaft oder den zu milden Strafen zu suchen. Die erlassenen Desinfektionskosten stiegen von 80 auf 190 Mark, die Wassersteuer von 5600 auf 6000 Mark; letztere erwecke den Anschein, als ob das Restaurationsgeschäft in unserer Stadt nicht unangstig sei; das treffe nicht zu, es werde denn auch viel und mit Recht gesagt. Es sollen ferner die Bewirtschaftungskosten 11 200, die Zuwachsteuer 2000, die Betriebssteuer 700, die Grundsteuer 8200, die Gemeinde-Einkommensteuer 198 854,50 (180 217,25) Mark erbringen, nachdem letztere im Vorjahr ein Erträgnis von ca. 190 000 Mark erwarten läßt. In den Ausgaben sind u. a. eingestellt: für Vorarbeiten für die Markausweitung 500 Mark, 1. Rate für Abfärben des Stadtkaufes und Denkmäler 3130 Mark, für Befolgungen und Verordnungen 79 627,25 Mark, für Reinrichtung des Meldeamts 1200 Mark, Ehrenlohn für Arztescheitnehmer 1000 Mark, Förderung des Verkehrs 300 (200) Mark, Kreiswehrverbandstaq 300 Mark, ärztliche Behandlung der Ratschreiber 100 Mark, Unterstützung Lungenkranter 600